

Pro Mühlbachebene – unsere Heimat

Eine Initiative engagierter Bürger zum 21. November 2010

Zum Nachdenken, Diskutieren, Handeln

Das regionale Gewerbegebiet umfasste bis Ende 2009 ca. 70ha = **700 000 qm**. Wenn im ländlichen Raum für ein Ein-/Zweifamilienhaus-Grundstück ca. 700 qm angesetzt werden, so ist dies die Fläche für ca. 1000 Häuser, natürlich noch ohne Straßen und Gehwege.

Über dieses schon vor 10 Jahre umstrittene regionale Gewerbegebiet sprechen drei behördliche Institutionen mit dem Investor Daimler seit März 2010 über ca. 250ha = **2 500 000qm**.

Wieder in Hausgrundstücken gerechnet, wäre dies dann eine Fläche für ca. 3570 Häuser, wieder ohne Straßen und Gehwege gerechnet. Dabei hat Daimler in Wirtschafts- und Tageszeitungen bereits verkündet, dass sie eher 300ha benötigen.

Haben die Stadtverwaltung, die Wirtschaftsförderung GmbH und der Regionalverband das Recht über solch eine ungeplante Fläche zu diskutieren?

Dies auch noch für eine Fläche, die wenige direkte und indirekte Arbeitsplätze bringt und wenig Gewerbesteuer. Dazu gehört auch, dass diese geplante Flächennutzung ohne deutlichen und nachhaltig wirtschaftsfördernden Gegenwert für die Stadt und die Region sein wird.

Wir glänzen mit dieser Mühlbachebene als ...

- ... eine der fruchtbarsten landwirtschaftlich genutzten Flächen im Landkreis.
- ... wertvolle regelmäßige Einkommensquelle für unsere Landwirte.
- ... Grüngürtel und Lärmbremse zu Holzhausen.
- ... Erholungs- und Begegnungsfläche für Mensch und Tier.

Hier noch ein paar Nachdenk-Aspekte:

Alle heute bestehenden Prüf- und Teststrecken von Automobilherstellern, insbesondere Daimler, sind Flächenfresser, aber nicht Arbeitsplatzschaffer. Angekündigte Arbeitsplatzzahlen wurden weder direkt noch indirekt (durch Zulieferer, Handwerk, Dienstleister) erreicht.

Landwirtschaftlich wertvolle Flächen dürfen nicht als Prüf- und Testflächen eingesetzt werden. Hierzu sind aufgegebene Militärgelände (z.B. ehem. Franzosengelände in Zimmern), alte Fabrikgelände oder ungenutztes Brachland sinnvoller, da diese wieder einer nicht ertragreichen Nutzung zugeführt werden.

Die Aufgabe der behördlichen Institutionen und besonders Stadt- und Ortschaftsräte sind im Sinne des Gemeinwohls für alle Bürger weitsichtig, ökonomisch und ökologisch zu handeln. Sie sind Treuhänder und beauftragt nach bestem Wissen und Gewissen uns Bürger mündig zu informieren und zu behandeln. Eigene Eitelkeiten, beliebtkeitsorientierte oder obrigkeitsgebeugte Verhaltensweisen sind dabei nicht zu akzeptierende Ratgeber.

Macht mit für unsere Heimat!